

Deutsche Holzarbeiter.

Organ des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionschluss
Dienstag Mittag. — Zu beziehen durch alle
Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das
Organ gratis.

Redaktion und Expedition: Köln am Rhein,
Palmstraße 14. — Fernsprecher Nr. 7605. —
Inserate kosten die vierspaltige Petitzelle
30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen
der Zahlstellen kosten die Hälfte.

Sedanten zur Arbeiterinnenorganisationsfrage.

Die Frage ist schon oft auch in der Sozialpolitik diskutiert worden: Wie stellen wir uns zum Hilflosen, Schwachen? In der Naturwissenschaft herrscht besonders unter den Darwinisten die Anschauung, daß im Daseinskampfe das weniger lebensfähige allmählich zu Grunde gehen müsse und sich so eine natürliche Auslese der gesunden Wesen vollziehe. Der Untergang kranklicher oder zur Lebenshaltung ungeeigneter Pflanzen oder Tiere wird hierbei natürlich umso weniger bedauert, als diese nicht nur sich selbst zur Last sind, sondern auch lebenskräftigen Wesen Nahrung, Luft und Platz nehmen und sogar ihre Krankheitskeime auf sie übertragen. Unwillinglich muß man hierbei an das sozial Kranke denken. Darunter wird allerdings kein vernünftiger Mensch verstanden, sondern ein Mensch, der durch seine unglückseligen Arbeiterinnen mit seinem gemeinnützigen Wirken verbunden ist. Wie wohl der männliche Arbeiter durch zahlreiche soziale und wirtschaftliche Schranken auf einem unnatürlichen Stand der Existenz gehalten wird, kann niemand behaupten, daß diese Art des Unterlebens im Existenzkampf an der Schwäche und Lebensunfähigkeit des Arbeiters liege. Aber es gibt es gewisse Volkskategorien, die sog. Lumpenproletariat, wie der Marxismus sie nennt, die körperlich und sittlich so herabgekommen sind, daß alle Versuche der Erhebung scheitern. Man hat z. B. die Vermissen Londons ihren Schmutzlöchern in anständige Wohnungen bringen lassen und dabei entdeckt, daß sie das Heimweh nach den in den Kindertagen gewohnten Elendshöhlen paktete, während sie sich in den besseren Behausungen erst wohl fühlten, wenn dieselben ebenfalls in ekelhafte, unmordenliche Gassen umgewandelt hatten. Ähnliche Beobachtungen auf das sittliche Gebiet übertragen, kann man bei Verbrechern machen, die in anständige Arbeitsbedingungen bringen will, oder bei Prostituierten, die sich nicht mehr in geordnete Lebensverhältnisse einfänden können. Wenngleich hierbei nicht verstanden werden darf, daß das oft recht zweifelhaft ist, was man als sog. Verkommenen als Ersatz für ihr Bisheriges bietet, muß man doch auf der andern Seite daran festhalten, daß soziale Existenz gibt, die schwer oder gar nicht zu retten ist, sei es, daß Vererbung sie lebensunfähig und sittlich körperlich krank gemacht hat, sei es, daß moralisch einwirkende aber doch lähmende Momente anderer Art auf sie wirken.

Der Materialist hat natürlich diesen Erscheinungen gegenüber eine konfliktlos leichte Stellung. Sein soziales Programm kann einfach lauten: lassen wir verderben, was nicht existenzfähig ist und je schneller desto besser. Damit läßt sich die Tötung kranklicher Kinder so gut erreichen wie das Verelendenlassen ganzer Menschengruppen. Anhänger der christlichen Sittenlehre haben wir es aber leichter. Gleichviel wie wir zur Theorie der natürlichen Auslese in der Natur stehen, wir müssen für die bedürftigen Gotteskinder, die Menschen und deren Zusammenleben die Grundfälle gelten lassen als für die Pflanzen- oder Tierwelt. Unsere Weltanschauung gebietet die brüderliche Hilfeleistung gerade an die Schwächsten, Elendesten. So wie unsere Krankenhäuser auch unheilbare aufnehmen und pflegen müssen, darf unsere Gesellschaft an den Verelendeten nicht ganz verzweifeln und muß die Schwächsten unterstützen. Als christliche Gewerkschafter können wir zunächst das Prinzip unsere Stellung in sozialer Hinsicht wie folgt festlegen: wir haben uns zu sehen, ob und wie weit auch die Arbeiterinnenfrage hierbei in Betracht kommt. Damit ist auch die Anschauung kurzfristiger Gewerkschafter gerichtet, welche die hilflosen Arbeiterinnen als eine Art sozial unrettbarer Wesen ihrem traurigen Schicksal überlassen will. Schon durch ihre Eigenart als Menschen schließt diese Beurteilung der Arbeiterinnen für uns aus. Es steht jenseits aller Zweifel, daß ihnen, wie allen sozial Gedrückten und Hilflosen zu helfen ist. Soll diese Hilfe man aber rein materiell sein, d. h. in mildtätigen Unterstützungen u. s. w. bestehen? Wenn ja, so fiele sie außerhalb der gewerkschaftlichen Aufgabenphäre, denn die Berufsorganisation ist eine Organisation der Selbsthilfe, kein Wohltätigkeitsverein. Deswegen ist für uns die Frage in den Vordergrund, ob die Arbeiterinnen bezart mit dem ganzen Stande verbunden sind, ihr Schutz zu den Selbsthilfeaufgaben gehört und ein Recht der Selbsterhaltung und Emporenentwicklung des Standes, der Vernachlässigung aber eine Selbstbenachteiligung und Veräußerung gewerkschaftlicher Pflichten ist? Dazu haben wir zunächst zu sagen, daß die große Zahl der Arbeiterinnen einen hohen Prozentsatz der Berufsbevölkerung ausmacht. Ihre soziale und wirtschaftliche Lage ist also mit mathematischer Sicherheit das Durchschnittsniveau der Standeslage. Ist es nun Sache der Organisation dieses Durchschnittsniveau zu heben, so müssen sie die Arbeit machen, d. h. bei allen Gliedern des Standes

den Hebel des sozialwirtschaftlichen Fortschritts ansehen. Eine Gewerkschaft, die nur einzelne emporheben und so den ganzen Beruf allmählich auf die Höhe bringen wollte ohne sich der Vielen, ja Aller anzunehmen, gleiche jenem Verdammten aus der alten Sage, welcher verurteilt war, in der Unterwelt ein Faß mit durchlöcherter Boden mit Wasser zu füllen.

Aber die schlechte Lage vieler Berufsangehöriger verdunkelt nicht nur das Gesamtbild, das der Stand gibt; sie wirkt ihre Schatten auch trübend auf die einzelnen lichten Stellen desselben. Das Durchschnittsniveau sinkt; aber außerdem üben schlechte Arbeitsbedingungen Einzelner auch eine verelendende Rückwirkung auf diejenigen aus, welche noch bessergestellt waren. Um dies zu illustrieren, brauchen wir nur an die lohnbrückerische Nachwirkung der Frauenarbeit auf die ganze Industrie zu denken und uns zu vergegenwärtigen, wie sich ganz ähnliche Einflüsse täglich vor unseren Augen geltend machen, sei es, daß weibliche Berufsangehörige, sei es, daß unorganisierte ländliche Arbeiter in eine Branche oder an einem Ort einbringen. Wir gehen nicht zu weit, wenn wir sagen, daß Mitarbeiterinnen schwacher, hilfloser Frauen bedeute geradezu eine Gefahr für den ganzen Beruf und auch die Bestgestellten innerhalb desselben.

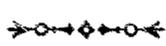
Was ist hier nun aber zu tun? Überall wo anscheinend schwache, wenig lebenskräftige soziale Existenz uns entgegen treten, haben wir uns Klar zu machen, woher ihre traurige Lage und ihr gemeinschaftlicher Einfluß kommt. Hierbei können wir auf Ursachen stoßen, die auch mit dem besten Willen nicht zu beseitigen sind, weil sie einfach soziale Notwendigkeiten darstellen. Einem Kleinhandwerker, der mit den erdenklich schlechtesten Betriebsmitteln arbeitet und in jeder Hinsicht konkurrenzunfähig ist, muß z. B. oft gesagt werden, daß seine Art des Gewerbebetriebes dem sozialen Untergang geweiht ist und wir müssen hinzufügen, daß wir ihres Arbeiter- und Konsumenten schädigenden Einflusses halber sogar einen raschen Tod wünschen. Dabei treten wir der Person absolut nicht zu nahe, welche den lebensunfähigen Betrieb führt. In jeder Hinsicht können und sollen wir ihr behilflich sein; aber ihr menschenschädigender Verrieb soll zu Grunde gehen, wir können z. B. einen solchen Handwerker auf den Weg genossenschaftlicher Kapitalbeschaffung und Betriebsreform bringen, damit er sein kränkliches Unternehmen zu einem gesunden zeitensprechenden umgestalte u. s. w. Ähnlich kann es bei den Mitarbeiterinnen liegen. Wir können Frauen in Berufen finden, wo ihre Existenz niemals zu gesundem sozialem Leben gedeihen kann. Es gibt Arbeiten, zu denen die Frau absolut ungeeignet ist; zieht man sie doch zu ihrer Verrichtung heran, so ist dies nur in Ausnutzung ihrer Ausbeutungsfähigkeit geschehen. In diesem Falle sind die Arbeiterinnen nicht nützliche Gewerbegehilfinnen, sondern schädliche Lohnbrückerinnen und Zielscheiben sozialer sowie sittlicher Angriffe seitens rücksichts- und gewissenloser Unternehmer.

Ohne irgendwie diese Frauen benachteiligen zu wollen, ja sogar zu ihrem eignen Wohle, werden wir also darnach streben müssen, ihre lebensunfähige Existenz zu vernichten, d. h. nicht etwa sie selbst zu Grunde zu richten, sondern nur sie aus dieser bestimmten Arbeitssphäre herauszubringen. Natürlich können und sollen wir weiblichen Personen, die wir aus ihren bisherigen Berufen ausschalten, zu anderweitiger Erwerbsgelegenheit oder sonstiger Unterstützung verhelfen. Hier müßte die Caritas noch weit öfter eingreifen als sie es bisher tut, da ihre Aufmerksamkeit etwas einseitig nur auf das augenfällige Elend, nicht überhaupt auf jede selbstverwundende und entwürdigende sowie gemeinschaftigende Existenz gerichtet ist. In unser Gewerkschaftsprogramm gehört unstrittig die Forderung der Beseitigung der Frauenarbeit aus allen für sie ungeeigneten Berufen. Sie ist uns ein Gebot der Erhaltung und Hebung des ganzen Kollegentreises, deshalb dürfen wir sie sogar erheben, ohne für diejenigen immer sorgen zu müssen, welche dadurch getroffen werden können. Wo das Wohl Aller gegen dasjenige des Einzelnen steht, haben wir für die Vielen einzutreten, soviel wie möglich sollen wir auch der Einzelnen gedenken. Im allgemeinen aber ist die Fürsorge für sie die eigentliche Arbeitsdomäne der charitativen Körperschaften und Privatvereine.

Nun kann sich aber auch herausstellen, daß die soziale Schwäche und Lebensunfähigkeit Ursachen hat, welche zu beseitigen sind, ohne daß man das betr. Individuum in andere Arbeitsbedingungen zu bringen, also in einen ganz anderen sozialen Zustand zu versetzen braucht. Es gibt, um wieder ein Beispiel aus der Handwerksentwicklung zu nehmen, zahlreiche Handwerksbranchen, wo der kleine und kleine Betrieb durchaus lebensfähig, ja vielleicht sogar dem größeren überlegen sein kann. Wenn sich das nicht praktisch zeigt, so liegt es vielleicht an der mangelhaften gewerblichen Ausbildung des Handwerkers, also an persönlichen Ursachen. Es bedarf nur erhöhten sachlichen Strebens auf seiner Seite und tatkräftigen Einsetzens einer fortschrittlichen Handwerkerpolitik — und

„dem Manne kann geholfen werden“, ohne daß an seinem Betriebe etwas Wesentliches geändert werden muß. So ist auch eine große, wohl die größte Zahl unserer gewerblich arbeitenden Frauen tatsächlich an ihrem richtigen Platz, d. h. in Berufen, die für Frauenarbeit geeignet sind. Natürlich dürfen wir hier nicht mit Ausschlußforderungen kommen — damit machten wir uns sozial geradezu unmöglich. Was haben wir also zu tun? Nun, es gilt die Gründe der wirtschaftlichen Benachteiligung und sozialen Gedrücktheit dieser Frauenexistenzen zu suchen. Wir werden sie finden teils in sozialen Vorurteilen mancher Männer, die glauben, Frauenarbeit gelte auch bei gleicher Leistung weniger als Männerarbeit, weil die Frau eben ein minderwertiges und weniger bedürftiges Wesen sei. Gewisse Arbeitgeber — und es sind weder die besten noch die wahrhaft christlichen — machen sich dieselben gerne zu Nutze; Gewerkschafter aber müssen sie aus Gerechtigkeitsfurcht und im Interesse der Preisbildung ihrer Arbeitskraft energisch zurückweisen. Zum anderen Teil hat die Hilflosigkeit der arbeitenden Frau aber Ursachen, die entweder auf anezogene oder auf geschlechtspezifische Wehrlosigkeit und Schüchternheit zurückzuführen sind. Viel törichte Brüderie, viel verkehrte Sittlichkeitsbegriffe, viel falsche Demut und Kriecherei, viel Feigheit und Indifferenz hat man im Laufe der Zeit der weiblichen Natur durch zu einseitige Erziehung und verkehrte gesellschaftliche Behandlung, sowie wirtschaftliche rechtliche und politische Entmündigung aufgezwungen. Heute treten uns diese Eigenschaften an unseren Arbeiterinnen als häßliche Untugenden, wie Lohnbruch, Unaufrichtigkeit, Dummheit, Knechtseligkeit, Stumpfsinn usw. entgegen und wir haben heiß mit ihnen zu kämpfen, wenn wir überhaupt Frauen organisieren wollen. Daß dazu auch gewisse natürliche Veranlagungen treten, welche die Frau weniger organisationsfähig machen als den Mann, sei nicht übersehen. Etwas unselbständiger und mehr schutzbedürftig wird die Durchschnittsfrau wohl immer sein als der Durchschnittsmann, auch wird ihr Sinnen und Streben mehr auf das Persönliche als auf das große Ganze der Berufsreform gerichtet sein. Auf der einen Seite muß also erzogen werden, d. h. das schwerste Stück Erziehungsarbeit — das Wiedergutmachen einer verkehrten Erziehung muß geleistet werden. Auf der anderen Seite muß mit feinem psychologischem Gespür heraus gefunden werden, wo das weibliche Element zu ergänzen ist durch das männliche, weil es allein nicht organisationsbildend und erhaltend wäre. Durch Erziehung und Eigenart ist die Arbeiterin von heute kaum zur selbständigen Leitung einer Gewerkschaftsfähig. Vielleicht kann man sie auf dem Wege der Mitbestimmung und Mitregierung in Versammlungen und im Vorstande allmählich dazu bringen, sicher jedoch wird die Frauenorganisation am besten gedeihen, wenn sie der männlichen angegliedert wird. Warum sollen auch nicht die Eigenarten beider Geschlechter im Gewerkschaftsleben harmonisch zusammenwirken und sich gegenseitig abschleifen? Wir müssen demnach bei weiblichen Berufen, die wir für sozial lebensfähig und zuträglich halten, all jene Ursachen zu beseitigen suchen, welche sich heute noch den Männern gegenüber benachteiligen. Da gilt es vor allem die Arbeiterin zu erziehen, wobei konfessionelle Vereine aber auch Privatpropaganda mitwirken können. Es gilt aber auch den Schwachen, den Schutz der Gesamtheit in Form der Gewerkschaft und zwar der kraftvollen Männerorganisation zu bieten. Gewerkschaftlich erstarrte Frauen werden im Laufe der Zeit aus der erniedrigenden und den Standesfortschritt hemmenden sozialen Schwäche emporsteigen zur standesbewußten Selbstbehauptung. Dazu sind zahllose Reformen nötig, aber Reformieren ist ja Gewerkschaftsaufgabe und Gehelassen bedeutet Reaktion.

Wir lassen also zusammen: Die Arbeiterinnen gehören zu den sozial Schwachen, Hilfsbedürftigen, aber weniger zu den Pflinglingen der Caritas als vielmehr zu den Schützlingen der Gewerkschaft. Wo ihre Arbeit als solche naturwidrig und entwicklungsbehemmend ist, hat die Organisation sich rückwärts zu bekämpfen, wo nur die Bedingungen ihres, sich gewerbebefördernden und gemeinnützigen Arbeitens unnatürlich schlecht und entehrend sind, hat sie zu organisieren und zu reformieren. Indifferenz darf sie niemals, weder in dem einen noch in dem anderen Falle der Frauenarbeit gegenüber haben. So glauben wir, könnte eine Organisation sehr wohl das sozial lebensunfähige unterdrücken, ohne gegen gottgegebene Menschenrechte zu verstoßen und das sozial lebenskräftige fördern ohne egoistische Kraftmenschen zu erziehen, die nur sich allein, und wenn's sein muß, auch auf Kosten aller anderen durchsetzen wollen. So nehmen wir auch von den darwinistischen Theorien das sozial Anwendbare und korrigieren sie in ihrer Anwendung auf das menschliche Zusammenleben gleichzeitig durch unsere christlich sozialen Anschauungen.



Sitz Berlin.

Es ist nicht leicht, einen tiefen Einblick in die Entwicklung, Finanzgebarung und praktische Tätigkeit des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) und noch weniger in die der katholischen Fachabteilungen, dem besonders Bestandteil dieses Verbandes, zu erlangen; ich meine, die Bestandsleitung und deren Publikationen machen es dem Außenstehenden nicht gerade leicht, diesen Einblick zu bekommen.

Der der Öffentlichkeit übergebene Bericht vom Jahre 1907 befaßt, daß die Mitgliederzahl von 110 000 auf 123 000 gestiegen ist. Die Zahl der Verbandsvereine von 825 auf 988, die Fachabteilungen sind in 600 Vereinen eingeführt. Die Gesamteinnahmen betragen 1 058 560,68 Mark gegen 663 574,37 Mk. im Jahre 1906, die Gesamtausgaben 745 134,60 Mk. gegen 445 176,29 Mk. im Vorjahre.

Sehen wir uns die für die Öffentlichkeit bestimmten Berichte, Geschäfts- und Kassenbericht, etwas näher an. Zunächst die Einnahmen. Die Verbandskasse vereinnahmte:

Table with 3 columns: Description, Amount, and another column. Rows include: 1. An Mitglieder- und Verwaltungsbeiträgen pro 1907, 2. An Inzerata im "Arbeiter" und "Robotnik", 3. An Postämtern und Reichsarbeitersekretariat, etc.

Das ergibt eine Gesamtjahreseinnahme von 825 092,78 Mark. Der Geschäftsbericht redet aber von einer Gesamteinnahme des Verbandes im Jahre 1907 von 1 058 560,68 Mark. Er veranschlagt, daß sich darin 218 396,08 Mark Ueberschuß von 1906 befinden und selbst dann noch fehlt eine Summe von 15 069,82 Mark, um die angegebene Jahressumme zu erlangen.

Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) erhebt einen wöchentlichen Beitrag von 10 bis 70 Pfg. Von diesem Beitrag werden pro Person und Kopf monatlich 10 Pfg. an die Männerverbände und 5 Pfg. an die Frauenverbände abgeführt. Die „gewerkschaftlichen“ Kassen werden getrennt geführt. Die Gesamteinnahmen des Verbandes aus Mitgliedsbeiträgen belaufen sich daher auf 525 101,01 Mk. Darüber hinaus, wie aus Punkt 1 der Einnahmen der Verbandskasse zu ersehen ist, Verwaltungsbeiträge, Abkommens- u. a. m. erhalten. Nehmen wir nun den niedrigsten Wochenbeitrag von 10 Pfg. und 48 Beiträge im Jahr an, so ergibt das eine Mitgliederzahl von circa 110 000, es sind aber 123 000 angegeben. Entweder hat nun der Verband im letzten Jahre überhaup keine Festpunkte gemacht, oder er hat früher mit zu hohen Zahlen operiert. Daraus resultiert sich aber auch der geringe Prozentsatz der Gesamtliste zu der Gesamtzahl der Mitglieder.

Nun zu den Einnahmen der Fachabteilungen. Mark 199 020,55 Einnahmen an Mitgliederbeiträgen inkl. Rückstellungen und Delegationskosten. Bei 15 Mk. durchschnittlichen Jahresbeitrag ergibt das 13 268 Mitglieder. Auf die 600 Vereine, in denen sie eingeführt sind, entfallen demnach durchschnittlich 22 Mitglieder. Das ist das Resultat einer jährlichen Arbeit; 56 Beamte, 968 geistliche Prälaten und eine Reihe anderer Personifikationen haben dabei mitgewirkt. Gibt es nicht höhere Zahlen? Was man nicht weiß, weiß auch der gewöhnliche Kenner der Sache zu der Gesamtzahl der Mitglieder.

Nun zu den Ausgaben der Fachabteilungen. Mark 199 020,55 Ausgaben an Mitgliederbeiträgen inkl. Rückstellungen und Delegationskosten. Bei 15 Mk. durchschnittlichen Jahresbeitrag ergibt das 13 268 Mitglieder. Auf die 600 Vereine, in denen sie eingeführt sind, entfallen demnach durchschnittlich 22 Mitglieder. Das ist das Resultat einer jährlichen Arbeit; 56 Beamte, 968 geistliche Prälaten und eine Reihe anderer Personifikationen haben dabei mitgewirkt. Gibt es nicht höhere Zahlen? Was man nicht weiß, weiß auch der gewöhnliche Kenner der Sache zu der Gesamtzahl der Mitglieder.

verpflichtet, die durch ihre ruheloze Arbeit und unter unsäglichen Opfern den christl. Arbeitern Deutschlands den Anteil an den nationalen Tarifabschlüssen erkämpft und gesichert haben.

Aber nun haben auch die Fachabteilungen 45 Tarifverträge mit 19 000 Mitgliedern abgeschlossen? Die Tarifverträge selbst können wir nicht nachkontrollieren, legen aber starken Zweifel in die angegebene Zahl. So ist uns z. B. nur von 4 Verträgen im Haugenerde etwas bekannt. Auf die Art, wie diese 4 Verträge zustande kamen, wollen wir hier nicht eingehen. Die Beteiligung von 19 000 Mitgliedern ist aber ganz zweifellos schwindel. In dem „Arbeiterkatechismus“ von Max Roeder (erschienen bei Corbier in Heiligenstadt) wird die Mitgliederzahl der Fachabteilungen auf etwa 12 000 angegeben. Davon 1513 Metallarbeiter, 1396 Berg- und Hüttenarbeiter, 734 Verkehrs- und Hilfsarbeiter, 533 Stein-, Erd- und Loharbeiter und Steinmetzen, 378 Bauarbeiter, 361 Textilarbeiter, 203 Glasarbeiter, 92 Bekleidungs-Industriearbeiter, 15 Maler und Anstreicher, 9 Labalarbeiter, 7 Tapezierer und Dekorateurs, 6353 ohne berufliche Gliederung. Nun haben wir in der Metallindustrie, wie auch unter den ungelerten Berufen nur wenige Tarife, in der Bergindustrie überhaupt keine. In den handwerksmäßigen Berufen, in denen die Tarifverträge bereits einen nationalen Charakter angenommen haben, kommen die Fachabteilungen fast nicht in Betracht. Wir werden daher nicht zumiel behaupten, wenn wir sagen, daß kaum über 1000 Facharbeiter an Tarifverträgen beteiligt sind. Wie kommt nun die Leitung des Verbandes der kathol. Arbeitervereine (Sitz Berlin) zu der Behauptung, daß 19 000 Mitglieder an Tarifverträgen beteiligt sind? Sollte sie vielleicht die Mitglieder eines Arbeitervereins (der einige 100 Mitglieder zählt) als Mitteilhaber an einem von der Fachabteilung des betr. Vereins (die vielleicht 20 Mitglieder zählt) abgeschlossenen Tarif buchen? Das wäre eine grobe Täuschung und Irreführung der öffentlichen Meinung. An einem Tarifvertrag haben selbstverständlich nur Berufsangehörige teil.

Nun zu den Ausgaben! Die Verbandskasse vorausgabte:

Table with 3 columns: Description, Amount, and another column. Rows include: 1. Für Sozialbeiträge an die Vereine, 2. Für Satz, Papier, Druck und Versand des "Arbeiter", 3. Für Akquisition der Inzerate, etc.

Die Männerverbände vorausgabte 71 332,57 Mk., die Frauenverbände 43 493,96 Mk., die gewerkschaftlichen Kassen: 1. für Unterstützungen laut Satzungen 128 662,68 Mk., 2. für jährliche Ausgaben 19 461,48 Mk., 3. für Beitrag zum Korrespondenzblatt 10 550 Mk.

In den spezifizierten Ausgaben fehlt jede Angabe über die Arbeitslosen, Umzugs-, Kranken- und „gewerkschaftlichen“ Unterstützungen, die auf den Werbungsblättern des Verbandes mit hochtönenden Worten angepriesen werden. Es fehlt auch jede Angabe über die Verwaltungskosten der Männer- wie Frauenverbände und der „gewerkschaftlichen“ Unterstützungen. Dagegen scheint uns der Posten „Gehälter“ bei 21 Beamten, darunter einige Doktoren, mit 19 411,56 Mk. als zu niedrig anzusehen, selbst wenn einige Beamte erst im Laufe dieses Jahres angestellt sein sollten. 21 Beamte mit durchschnittlich 2000 Mk., was für Berlin sehr niedrig gegriffen ist, ergibt die Summe von 42 000 Mk. „Beiträge an die Vereine“ und „an die Verbandsbezirke“ mit 31 220,92 Mk. und 15 069,82 Mk. werden verzeichnet. Sie stellen jedenfalls täuschende Beiträge und Äquivalenzkosten dar. Aus diesem Grunde scheint auch der Verbandsvorstand den Antrag auf Verzinsung nicht abgeleiteter Vereinsbeiträge mit 4% gestellt zu haben. In Wirklichkeit schließt auch die Verbandskasse mit 4023,47 Mk. Defizit ab, das die Gesamtzahl an die Verbandsbezirke ist unerlässlich, da diese ja selbst nichts haben.

Die „gewerkschaftlichen“ Kassen haben ein Pfändchen „Kassenbücher“ dar. Als auf der Generalversammlung der Fachabteilungen im Jahre 1907 bei Erörterung eines Antrags auf Zahlung der Unterhaltung der „Kassenbücher“ vom ersten Tage an, die Delegierten ihre Aufsicht etwas unverbunden zum Ausdruck brachten (auch die Journale klagte darüber), daß sie bei sozialdemokratischen Streit in Gottesberg 20 000 Mk. an Unterstützungen ausbezahlt hätten, da warnte Dr. Fischer mit den Worten:

„Ich möchte nur bitten, daß wir in der Wahl der Ausdrücke, namentlich wegen, recht vorsichtig sind. Wenn die Debatten wegen dieser Punkte geführt werden, können sie sich daraus verhalten, daß es in der ganzen Zentralversammlung ein Mittel ergäbe: „Die Fachabteilungen als Träger der Sozialdemokratie.“ Die Frage, ob mit den Sozialdemokraten gelassen wird, waren doch nicht bei unserer Organisation. (Auch das würde nicht 500 000 Mark betragen! Der Verbandsrat). Darum möchte ich hervorheben,

damit es nicht in der Öffentlichkeit heißt, unser Programm finde nicht Anwendung und sei überhaupt nicht durchführbar. Ich bitte also, sich vorsichtig auszudrücken, damit nicht eine falsche Meinung über uns in der Öffentlichkeit Platz greift. Wir haben Gefolge auf der ganzen Linie, und ich bitte, diese nicht durch unbedachte Worte abzuschwächen.“

Diese ganz aus dem Rahmen der Erörterung fallenden Bemerkungen wurden von den Mitgliedern in ihrer Deutung verstanden, sie sollten Beifall. Allerdings meinte Seifert Leipzig: „Es ist schwer für einen Fachabteilungsleiter, die Leute zu behalten und zu beruhigen.“

Bietet nun der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) etwa mehr wie West- und Süddeutscher Verband katholischer Arbeiter? Keineswegs! Infolge seiner enorm hohen Verwaltungskosten inkl. der Ausgaben für das Verbandsorgan usw. von 307 685,22 Mk. ist er nicht imstande, mit jenem sich auf eine Stufe zu stellen. Ja, diese Summe dürfte sich sogar noch bedeutend höher stellen, denn von den 152 229,24 Mk. für Sozialbeitrag an die Vereine müssen die örtlichen Ausgaben bestritten werden, und kann hierfür ruhig die Hälfte dieser Summe angenommen werden. Die gesamten Verwaltungskosten usw. wie angegeben, werden sich somit auf 380 000 Mk. belaufen. Dieser Ausgabe für Verwaltung usw. steht dem auch nur die Summe von 243 449,22 Mk. an wirklich geleisteten Unterstühtungen gegenüber. Dazu kommt die enorme Schädigung seiner Mitglieder, indem er sie von einer energischen Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiete abhält.

Die württembergische Gewerbeaufsicht im Jahre 1907.

In den 4 Aufzählungsbezirken Württembergs waren im Berichtsjahre insgesamt der Gewerbeinspektion 15 049 Betriebe (gegen 140 208 im Vorjahre) unterstellt. Davon wurden 13 100 = 87% der Betriebe in 13 611 Revisionsreviviert. (Im Vorjahre: 12 765 Reviv. in 12 167 Anlagen = 85,6%). In rein handwerksmäßigen Betrieben ohne Motoren wurden noch 176 Revisionen vorgenommen. Auf die Aufsicht zum Vollzug des Kinderschutzgesetzes entfallen außerdem noch 848 Revisionen (718). In 67 dieser Betriebe wurden gerade keine Kinder angetroffen. Insgesamt sind 16 021 (15 025) Revisionen vorgenommen worden. In den Revisionen wurden insgesamt 1502% Reifezeit (1420) aufgewendet.

Beschäftigt waren in 10 332 Fabriken und diesen gleich gestellten Anlagen 218 925 Arbeiter. Fast man diese Betriebe allem ins Auge, ohne die in den oben angegebenen Ziffern enthaltenen, für die der Bundesrat gemäß § 120c der S.-O. bezeichnenden Vorschriften erlassen hat, so ergibt sich, daß 96,3% der Betriebe mit 214 748 Arbeitern = 98,1%, revidiert worden sind. Es ist dies ein Resultat, das Württemberg an erste Stelle in Deutschland rückt.

In der Holzindustrie, ausschließlich der Bürsten- und Pinselindustrie waren vorhanden 1830 Betriebe mit 15 973 Arbeitern. In der Bürsten- und Pinselindustrie waren noch 14 Betriebe mit 435 Arbeitern vorhanden. Die Zahl der revidierten Fabriken in der Holzindustrie beträgt 1768 von 1830. Die Zahl der in den revidierten Betrieben beschäftigten Arbeiter ist 15 661, so daß fast alle Betriebe mit fast allen Arbeitern revidiert worden sind. Die Betriebe der Bürsten- und Pinselindustrie sind alle revidiert worden. Wenn man sieht, wie in anderen Bundesstaaten häufig nur ein Viertel der Betriebe revidiert werden, so kann man nur wünschen, daß die Gewerbeinspektion stets auf dieser Höhe bleiben möge. Dazu dient auch ein Mehrforderung von 14 000 Mk., die einer neueren Stellungsmeldung zufolge im neuen Etat der Zentralstelle für Gewerbe und Handel bei dem Kapitel „Gewerbeinspektion“ enthalten ist. Es werden nun gefordert: ein weiterer Gewerbeassessor, ferner: höhere Mittel für Hilfskräfte und auch höhere Beträge für Reise- und Reisekosten. Die Personalvermehrung wird als notwendig bezeichnet, wenn die Revisionsfähigkeit in demselben Umfang wie bisher mit Sicherheit durchgeführt werden soll. Hoffentlich lassen sich die beschlußfassenden Instanzen von fortschrittlichen Gesichtspunkten leiten.

Mit dem ärztlichen Mitglied der Gewerbeinspektion, Obermedizinalrat Dr. Scheurlen, wurden insgesamt 4 Revisionen in 42 Fabriken und 4 Motormerkstätten vorgenommen. Folgender Satz in dem Bericht zeigt, wie wertvoll es ist, daß die Gewerbeinspektion ihren Anordnungen mit dem Urteil eines Arztes Nachdruck verleihen kann: „Es schon früher, so wurde auch im Berichtsjahre wiederholt die Erfahrung gemacht, daß Betriebsunternehmer ihren Widerstand gegen Anregungen oder Anordnungen gesundheitlicher Verbesserungen von Arbeitsräumen u. a. m., welche früher schon der Gewerbeinspektor allein gegeben hatte, aufgaben, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß das ärztliche Mitglied hinsichtlich der Notwendigkeit solcher Verbesserungen gleiche Ansicht wie der Gewerbeinspektor war.“

Die Gewerbeinspektoren haben verschiedenen Versammlungen u. a. sowohl der Arbeiter als auch der Arbeitgeberorganisationen beigewohnt, so der Hauptversammlung des Verbandes Metallindustrieller in Württemberg, derjenigen der katholischen und evangelischen Arbeitervereine, der ersten württembergischen christlichen Gewerkschaftskonferenz u. a. m. Eine wichtige Bemerkung macht der Bericht, nachdem er bemerkt hat, daß sowohl die leitende Beamte, wie auch der Gewerbeassessor des III. Bezirks zu verschiedenen Zeiten an Diskussionsabenden der fünf Dankschen Gewerksvereine in Ulm teilgenommen haben. Es heißt da u. a.: „Es ist eine auch von der Gewerbeinspektion unmittelbar empfundene Tatsache, daß unter der Aufsicht vielfach das rechtliche zu Beanspruchende von Arbeitswerten nicht unterschieden wird. Die Arbeiter haben häufig Ansprüche, denen die gesetzliche Unterlage ist“

und unterlassen es hinwieder, da Forderungen zu stellen, wo sie gesetzlich dazu berechtigt sind. Die dem Missetäter kann nur durch Verbreitung und Vertiefung der Gesetzeskenntnis abgeholfen werden." Die Beamten haben auch gelegentlich auf Einladung Vorträge übernommen. Der Bericht sagt aber hierzu: "So erwünscht und auch begehrt die Abhaltung solcher Vorträge durch die mitten im sozialen Getriebe stehenden Gewerbeinspektoren sein mag, heute muß auf sie, von Ausnahmen abgesehen, verzichtet werden, weil die sich mehrenden Dienstgeschäfte eine weitgehende Inanspruchnahme der Gewerbeaufsichtsbeamten in dieser Hinsicht nicht zulassen."

Ueber das Verhältnis der Inspektion zu den Arbeitgebern wird u. a. gesagt: "In kleineren Betrieben, wo früher das Erscheinen des Gewerbeinspektors den Arbeitgeber mehr oder weniger in Aufregung versetzte, haben sich diese Verhältnisse gebessert und sehr häufig bedanken sich jene für die Anregung zu Verbesserungen, die ihnen von Beamten gegeben wurden. Immerhin werden noch einige Fälle schroffen Zurückweisens bei Revisionen mitgeteilt. Auch ist auf bittere Klagen seitens vieler, besonders kleinerer Unternehmer über die Belastung durch die soziale Gesetzgebung hingewiesen."

Das Verhältnis der Gewerbeinspektionsbeamten zu den Arbeitern war durchweg befriedigend oder gut.

Der Beamte des I. Bezirks schreibt über die Beschwerden: "Die dem Gewerbeinspektor mitgeteilten Arbeiterbeschwerden waren nur in 22 Fällen (die Angaben beziehen sich nur auf den ersten Bezirk) vollständig begründet, in ungefähr eben so vielen anderen Fällen waren dieselben übertrieben, oder es waren Vorgänge unter ungenügender Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen als Gesetzesverletzungen zur Anzeige gebracht, und etwa 1/3 der Fälle war bei der Untersuchung als unbegründet befunden worden. Es sei wiederholt darauf hingewiesen, daß Untersuchungen solcher unbegründeten Anzeigen für den Beamten äußerst peinlich sind, da sie von den Arbeitgebern, welche hierbei sofort eine Denunziation veranlassen, sehr häufig unlieb aufgenommen werden; auch der Beamte wird darum angesehen, besonders, wenn dem Arbeitgeber manchmal nicht verhehlt werden kann, daß die Revision die Folge einer Arbeiterbeschwerde ist; moher dieselbe kommt, läßt ihm jedoch Geheimnis."

Bemerkenswert ist, daß auch in diesem Jahre, wie in den vorhergehenden, darauf hingewiesen werden muß, daß in Getreidemühlen, Bäckereien, Gast- und Schankwirtschaften noch ein merkliches Mißtrauen gegen den Aufsichtsmann herrscht, daß öfters auch in unwahren Angaben zugetreten sei.

Mit Befriedigung wird im Bericht hervorgehoben, daß die Arbeiterorganisationen heute manche Frage geregelt haben, die früher den Gewerbeinspektor beschäftigte hat.

Von dem Verkehr der Inspektorinnen mit den Arbeitern darf mit Genugtuung gesagt werden, daß sich im Laufe der Zeit zwischen beiden Teilen erfreulicherweise ein Vertrauensverhältnis gebildet hat, welches die Inspektorinnen für die unermüdete Arbeit der ersten Jahre ihrer Tätigkeit auf diesem Gebiete entschädigt. Die Mehrzahl der Arbeiterinnen anerkennt dankbar die Sorge für sie und ist wohlmeinenden Ratschlägen zugänglich. Die offene Aussprache der Arbeiterinnen erfolgt jedoch in den meisten Fällen nur bei den Revisionen ohne Begleitung, weshalb die Inspektion auch der Meinung Ausdruck verleiht, daß bei den weiblichen Beamten die Revisionen ohne Begleitung, in bereits bekannten Betrieben, entschieden vorzuziehen sind. Ueber einige weitere bemerkenswerte Einzelheiten lehrreichen Berichts, werden wir berichten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 29. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. Juni 1908 fällig ist.

Die Ortskassierer wollen für pünktliche Einsendung der Abrechnungen sorgen. Genaue Ausfüllung der Formulare, sowie Uebereinstimmung der Belege mit den angegebenen Ausgaben ist dringend erforderlich.

Die Bücher von Kollegen, welche aus anderen Verbänden übertreten, sind sofort an die Zentralstelle zu senden. Nur dort werden die neuen Bücher für diese Kollegen aufgestellt.

Einzelmitglieder müssen bei An- oder Abmeldung, sowie bei Unterstützungsansprüchen stets ihr Buch miteinsenden.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche ein Reaktionsbericht ein Bericht über den Stand der Bewegung zuzufinden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Zugang ist ferngehalten von:

- Schreiner nach Garmisch-Partenkirchen, Eisberg (Hermann & Sohn), Miesbach (J. Fries u. Jaf. Müller).
- Stuhlmacher, Drechsler, Polierer nach Coesfeld (Büding).
- Werkzeugmacher: Pforzheim.
- Werkzeugmacher: Bamberg (Pfalz).
- Werkzeugmacher, Polierer, Drechsler: Brandenburg a. T. (L. Tobinow, J. G. Kiefer und Josef Köhler).
- Werkzeugmacher und Fabriksschreiner: Frankenthal (Pfalz). (Brown, Boerle & Co.).
- Schreiner: Bamberg.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die sich daraus ergebende Unsicherheit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse macht es den Kollegen, welche die Arbeitsfrage beschäftigen, zur Pflicht,

bei der in Betracht kommenden Ortsverwaltung des Verbandes Nachfrage zu halten.

Tarifabschluss in Coesfeld. Nachdem die Kollegen in Coesfeld die Zahlstelle ziemlich gut ausgebaut haben, ist es gelungen, mit der Dampfschreinerei und Möbelfabrik einen Tarifvertrag abzuschließen, der den Kollegen erhebliche Vorteile sichert. Der Vertrag lautet:

Zwischen der Eiseselber Dampfschreinerei und Möbelfabrik einerseits und dem Zentralverband christl. Holzarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Coesfeld andererseits, wurde heute folgender Tarifvertrag abgeschlossen:

§ 1. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. An den Samstagen ist eine Stunde früher Feierabend und ist an diesen Tagen die Arbeitszeit eine Stunde kürzer.

§ 2. Arbeitslohn. Der Durchschnittslohn für gelernte Schreiner beträgt mit Inkrafttreten dieses Vertrages 40 Pfg. pro Stunde und ab 1. Juli 1909 41 Pfg. Auf alle bisher gezahlten Löhne wird mit Inkrafttreten dieses Vertrages ein Zuschlag von 2 Pfg. pro Stunde, und ab 1. Juli 1909 ein weiterer Zuschlag von 1 Pfg. pro Stunde gewährt. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 10 Pfg. für Nachtarbeit ein solcher von 50% und für Sonntagsarbeit ein solcher von 100% gezahlt. Der Mindestlohn für gelernte Schreiner beträgt 35 Pfg. pro Stunde. Für Gesellen in den 2 ersten Lebensjahren unterliegt die Lohnfestsetzung der freien Vereinbarung.

§ 3. Ueberstunden. Ueberstunden, sowie Nacht- und Sonntagsarbeit dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden. Als Ueberstunden wird angesehen jede Zeit, welche über die festgesetzte Arbeitszeit hinausgeht oder vor der festgesetzten Zeit zu leisten ist. Vor Beginn der Ueberstunden ist den Arbeitern eine Viertelstunde Zeit zum Verzehren eines Butterbrotes zu gewähren und gilt diese Zeit als Arbeitszeit. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von abends 9 Uhr bis morgens 5 Uhr, als Sonntagsarbeit die Zeit von Samstag nachts 12 Uhr bis Sonntag nachts 12 Uhr.

§ 4. Auswärtige Arbeiten. Für Arbeiten, welche 3 km oder mehr von der Stadt und der Werkstatt entfernt auszuführen sind, werden außer der Fahrt und der Fahrzeit eine tägliche Zulage von 1 Mk. vergütet. Bei Ausführung von Arbeiten in einer Entfernung, welche Ueberstunden notwendig machen, werden außer der einmaligen Hin- und Rückfahrt und der Fahrzeit 2,50 Mk. pro Tag vergütet.

§ 5. Werkzeug. Das Werkzeug ist für jeden einzelnen Arbeiter von der Firma vollständig und in gutem Zustande zu liefern.

§ 6. Lohnzahlung. Die Lohnzahlung ist eine wöchentliche und hat vor Schluss der Arbeitszeit zu erfolgen. Wartezeit auf den Lohn gilt als Arbeitszeit.

§ 7. Alfordarbeit. Bei außergewöhnlichen Alfordarbeiten ist der Stundenlohn zu garantieren. Das Material ist maßgenau fertig und vollständig zu den betreffenden Alfordarbeiten zu liefern. Kann ein Alfordarbeiter wegen Mangel an Material nicht weiter arbeiten, so tritt der in Tarif vereinbarte Stundenlohn in Kraft.

§ 8. Dauer des Vertrages. Der bestehende Vertrag tritt am 16. Juli 1908 in Kraft und gilt bis zum 1. Juli 1910. Coesfeld, den 12. Juli 1908. Coesfelder Dampfschreinerei und Möbelfabrik. G. m. b. H. gez. Kreuzberg. Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands. gez. Schid.

So erfreulich dieser Erfolg für die beteiligten Kollegen in Coesfeld auch ist, so bedauerlich ist demgegenüber das Verhalten des Stuhlfabrikanten B. Büding, welcher glaubt mit Scharfmachertönen die Arbeiter zufriedenzustellen zu können. Auf die Eingabe mit der Lohnforderung und Forderung der 10 stündigen Arbeitszeit ging dem Sekretariat in Bochum seitens des Herrn Büding eine Postkarte zu folgenden Inhalten:

Herrn Ehr. Schid-Bochum. Ihnen zur Antwort: Die Arbeitszeit bleibt bei mir wie sie ist und wird der Lohn nach Leistung bezahlt. Wenn das nicht paßt, der braucht ja bei mir nicht zu arbeiten. Im Uebrigen wollen Sie mich nicht mehr belästigen, da ich mich grundsätzlich auf nichts einlassen kann. Hochachtung B. Büding.

Die Kollegen der genannten Stuhlfabrik haben dem Herrn Büding ebenfalls geantwortet dadurch, daß sie geschlossen die Arbeit niederlegten. Herr Büding wird bald einsehen, daß das Müßbestimmungsrecht der Arbeiter auch in Coesfeld anerkannt werden muß. Wir raten sämtlichen Stuhlbauern, Polierern und Drechslern, den Herrn Stuhlfabrikanten Büding in Coesfeld, wie er es gewünscht hat, nicht zu belästigen.

Beendeter Zimmererstreik in Amberg. Der vier Wochen dauernde Amberger Zimmererstreik ist durch Abschluß eines Tarifvertrages, der bis 1910 läuft, beendet worden. Welchen Zweck die ablehnende Haltung der Herr Baumeister hatte, ist nicht recht begreiflich, denn die gestellten Forderungen wurden nunmehr fast glatt bewilligt. Eine große Rolle spielten bei diesem hartnäckigen Kampf einige Streikbrecher, die sich auf mehrere Geschäfte verteilten. Einen Dank werden sie für ihre Raureißei nicht ernten. Die Kollegen haben die Genugtuung, trotz größter Schwierigkeiten einen vollen Erfolg erzielt zu haben.

Berichte aus den Zahlstellen.

Karlsruhe. Unsere Zahlstelle und zugleich auch die gesamte Bewegung hat in der letzten Woche einen empfindlichen Verlust erlitten. Wohl unser eifriges Mitglied und bisheriger Vorsitzender Kollege A. Baumann wurde am 3. d. Mt. in noch jugendlichem Alter von 25 Jahren durch die Tuberkulose dahingerafft. Der leider allzu früh Verstorbene war ein unermüdlicher, erfolgreicher Agitator und Schlagfertiger Redner. Die Zahlstelle, sowie die gesamte christlich-organisierte Arbeiterschaft von Karlsruhe und Umgebung wird dem Dahingegangenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Dülmen. Der Vorsitzende der Zahlstelle des christlichen Bauhandwerkerverbandes eines Ortes im Münsterland wurde zu einer tätigen Übung nach der Garnisonstadt Reg. einberufen. Der Kollege sollte nach Beendigung der Übung zum Unteroffizier befördert werden. Allein er hatte die Rechnung ohne den Herrn Bürgermeister seiner Heimatgemeinde gemacht. Am letzten Übungstage ließ ihn sein Hauptmann rufen und erklärte ihm, ihn nicht befördern zu können. Auf die Frage weshalb nicht,

wurde ihm ein Schreiben vorgelesen, worin festgestellt wurde, daß er patriotisch unzuverlässig und den Behörden gegenüber nicht wohlwollend gesinnt wäre. Das Schreiben trug die Unterschrift des Bürgermeisters seines Ortes. Auf die Frage des Hauptmanns, was er denn eigentlich verbrochen hätte, konnte der Kollege nur erwidern, daß er noch niemals vorbestraft, noch nie mit der Behörde in Konflikt gekommen, daß er aber Vorsitzender einer Zahlstelle eines christlichen Berufsverbandes wäre und daß in einer Stadt, deren Bürgermeister sich schwer mit der Gewerkschaftsbewegung abfinden könne. Der Hauptmann bedauerte sehr, aber befördern konnte der Gewerkschafter nicht werden. Er ist „patriotisch unzuverlässig“, weil er öftlicher Leiter eines auf dem Boden christlich-nationaler Gesinnung stehenden Verbandes ist.

So meldet die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ aus Dülmen. Solche Dinge aus Dülmen zu hören, ist nicht zum Verwundern. Der Herr Bürgermeister mit dem besseren Patriotismus wie der christliche Gewerkschafter, ist ja schon längst als „guter Freund“ unserer Bewegung bekannt. Bei Gelegenheit des Schreinerstreiks brachte er es sogar fertig, unseren Kollegen das Spazierengehen in den städtischen Anlagen zu untersagen. Und wenn der erwähnten Gelegenheit noch mehrere Prozesse gegen Streikende folgten, so dürfte ein gut Teil Grund hierfür der Herr Bürgermeister abgeben. — Daß aber in Dülmen der Bürgermeister christliche Gewerkschafter für „patriotisch unzuverlässig“ erklären kann, ist ein bedauerliches Zeichen für die gesamte Dülmener Arbeiterschaft. Wohl in keinem Orte des Münsterlandes ist die Arbeiterschaft in der Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Allgemeinheit so lag und lau wie in Dülmen. Hätte hier das Gros der Arbeiterschaft mit Ausdauer an der Erringung der Gleichberechtigung ihres Standes gearbeitet, es herrschte heute ein anderer Geist. Aber schließlich hat jedermann die Behandlung, die er verdient, und jeder Ort den Bürgermeister, der ihm zukommt.

Spaichingen. Durch Anordnung des Oberarztes ist die Wahl zur Bezirkskrankenkasse vom 31. Mai für ungültig erklärt worden. Wir setzten deshalb am Samstag den 11. Juli mit der Agitation für die Neuwahl ein. Gewerkschaftssekretär Krug-Stuttgart sprach über Rechte und Pflichten der Arbeiterschaft in der Krankenversicherungsgesetzgebung. Es mußten tüchtige durch die Arbeiterorganisationen geschulte Kollegen als Kandidaten aufgestellt werden. Die Generalversammlung mußte prüfen, ob nicht eine Erhöhung des Krankengeldes möglich ist. In der Diskussion wurde den Ausführungen zugestimmt und geklagt, daß der Arbeiterschaft beim Abklicken der Invalidentarifen mit Marken keine Berücksichtigung ausgestellt werde. Im Schlußwort mahnte Kollege Krug zum Ausbau unserer Organisation.

Stellmacher.

Dortmund. Am Sonntag den 12. Juli fand hier im christlichen Gewerkschaftshaus eine von beiden Organisationen einberufene Versammlung der Stellmacher statt. Als Referent war Kollege Werber aus Köln erschienen. Trotzdem sämtliche Stellmacher durch Schreiben eingeladen waren, erschienen doch durchweg nur die bereits in den Verbänden Organisierten. Der Referent zeigte an der Hand von Statistiken die Lage der Stellmacher im Allgemeinen, hauptsächlich in den Waggonbauten und Automobilfabriken. Wenn auch infolge der Krise die Beschäftigung zu wünschen übrig lasse, so zeige doch andererseits die Statistik kein Fallen der Dividenden gegen früher. Die sanitären Einrichtungen, die schlechten Wohnungsverhältnisse u. mühten doch allen Kollegen zu denken geben. Ueber die Lohnverhältnisse und die Behandlung sei hier nur folgendes erwähnt: Löhne bei den Kleinmeistern von 7—12 Mk. sind hier noch üblich, dabei zum Teil auch noch eine Arbeitszeit von 10—12 Stunden. Gezielte Pausen, Besserbezahlung der Ueberstunden werden gewöhnlich durch ein freundliches Lächeln des Meisters oder durch den Genuß des Alkohols, indem mal der Meister einen hollen läßt, gut gemacht. Ein Meister, welcher seit einiger Zeit Maschinenbetrieb angefangen hat, glaubt, die Kollegen brauchen jetzt überhaupt nichts mehr für die Ueberstunden, da sie sich ja längst nicht mehr so anstrengen müssen wie sonst. Die rege Diskussion zeigte denn auch zur Genüge, daß hier noch viel zu tun übrig bleibt, wenn auch im Stellmachergewerbe Zustände Platz nehmen sollen, welche einer Großstadt würdig sind. Leider aber ist erst gut die Hälfte der Kollegen organisiert und wurde beschlossen, durch Abhaltung von Werkstattbesprechungen oder Hausagitation Remedur zu schaffen in dieser Beziehung. Andererseits wurde der Wunsch ausgesprochen, von Zeit zu Zeit gemeinsame Sektions-Versammlungen abzuhalten, damit sich so die Kollegen besser kennen lernen. In seinem Schlußwort ging der Referent nochmals kurz auf die in der Diskussion zur Sprache gekommenen Punkte ein und ermahnte die Kollegen, doch persönliche Differenzen ganz außer acht zu lassen und nur das Einende und unsere gerechte Sache hochzuhalten. Nachdem noch einige Kollegen sich zur Aufnahme meldeten, wurde die Versammlung gegen 2 Uhr vom Sektionsleiter Lindenthal geschlossen mit dem Wunsche, das Gehörte nun auch in die Tat umzusetzen, damit es in der nächsten Zeit heißen kann: die Stellmacher von hier sind so einig und geschlossen, daß sie in der Lage sind, menschenwürdige Zustände in ihrem Berufe zu schaffen.

Sterbefälle.

- Franz Pawelski, Schreiner, gestorben zu Essen.
- Karl Gohminger, Schreiner, gestorben zu Billingen.
- Frieda Wunderle, Bürstenarbeiterin, gestorben zu Brandenburg.

Ruhe in Frieden.

Gewerkschaftliches.

Zum zweitenmal gerichtlich bekräftigt. Anfangs Juli fand in Sachen des Vorstandes des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen den Redakteur des Solinger „Stahlwarenarbeiter“ Ern, vor dem Landgerichte zu Elberfeld Berufungstermin an. Ern hatte bekanntlich den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband des Arbeiterverrats bezichtigt, weil dieser mit allen nur denkbaren Mitteln versucht hatte, die ebenfalls sozialdemokratische Lokalorganisation der Solinger Stahlwarenarbeiter zu ruinieren und zur Auflösung zu bringen. Es sollte an ihr ungefähr die gleiche Prozedur vorgenommen werden, wie sie mit „gutem Erfolge“ am Werftarbeiterverband geübt wurde. Nach dem „Vorwärts“ hatte Ern in seiner Zeitung behauptet, daß die Streikbewegung des Jahres 1905 und der geplante Generalstreik über die Firma Saunmeyer ein Trieb des

Metallarbeiterverbandes gewesen sei, um durch falsche Vorpiegelungen die Lokalorganisationen in den Kampf hineinzuhängen, sie dann im Stiche zu lassen, damit die Lokalorganisationen zertrümmert und die Mitglieder derselben vom Deutschen Metallarbeiterverband übernommen werden. Dieser seine Plan sei leider in die Brüche gegangen. Der Zentralvorstand habe diesen schmachvollen Arbeiterverrat im Verein mit den Lokal- und Gauangestellten zusammen verübt. Ferner habe, als die Sache mit dem Generalkomitee über Hammesfahr in die Brüche gegangen war, der Metallarbeiterverband einen Schlägerstreik grundlos vom Saune gebrochen, um dadurch die Lokalorganisationen bankrott zu machen, denn wenn keine Formen geschlagen würden, könnten auch die übrigen Branchen nicht arbeiten. Nun sei aber der Vorrat an geschlagenem Material so groß gewesen, daß trotz des fast ein Jahr dauernden Schlägerstreiks sich kein Mangel eingestellt habe. Diesem Tatbestande war dann die Bemerkung angefügt:

„Die Einsicht in die Dokumente, in deren Besitze wir sind, setzt uns ein erschreckendes Bild von der Clique, von der der deutsche Metallarbeiterverband regiert wird. So viel Verworfenheit, wie uns da entgegentritt, hätten wir an der Spitze der größten Gewerkschaft Deutschlands nicht zu finden gehofft. Es wäre eine Schmach für die deutsche Arbeiterbewegung, wenn sie an ihrer Spitze noch länger Leute dulden würde, die um ihr Ziel zu erreichen, vor keinem Verbrechen an der Arbeiterschaft zurückschrecken.“

Die Zentralvorstandsmitglieder der roten Metallarbeiter Schilde, Reichel, Werner, Massatsch, sowie der Redakteur der Metallarbeiter-Zeitung, Scherm, erhoben hierauf Beleidigungsklage. Das Solinger Schöffengericht sprach Ern von der Beleidigung der Vorstandsmitglieder frei, da er den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen erbracht habe. Wegen Beleidigung Scherm's wurde er hingegen zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Mit diesem Urteile waren die Kläger nicht zufrieden und legten sie Berufung ein. Das Landgericht zu Elberfeld, welches nun in der Sache gesprochen hat, sprach Ern wiederum frei und hob auch das Urteil in Sachen Scherm auf, da auch letzterer von dem Verhalten des Vorstandes Kenntnis haben mußte. Die gesamten Kosten des Verfahrens wurden dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande anferlegt. Das Gericht erklärte, daß der Wahrheitsbeweis in vollem Umfange geführt sei.

Stark belästigt wurden auch die Gau- und Lokalbeamten des Metallarbeiterverbandes. In dem Urteil wird bezgl. des Lokalbeamten Seubler angeführt, er sei in seinen Aussagen demotiviert gewesen, daß er nur wenig von einem Reineide freibleibe. Ebenso seien die Ausführungen des Lokalbeamten Hoffmann vollständig ungläubwürdig, weil sie in Widerspruch ständen mit einem von ihm selbst verfaßten Protokolle. Eigentlich hätten auch Seubler und der Gaubeamte Spiegel-Düsseldorf die Privatklage führen müssen, da auch ihnen Arbeiterverrat vorgeworfen wurde. Sie seien nicht glaubwürdig, da sie selbst ein Interesse an der Sache hätten. — Ob der Metallarbeiterverband durch diese vollkommene Blamage nun zufriedengestellt ist?

Die „Eiche“, das Organ der Hirsch-Dunderschen Holzarbeiter, hat einen neuen Redakteur in der Person des Herrn Heicher aus Augsburg erhalten. Erinnern wir uns recht, so ist das derselbe Herr, der schon Proben seines Könnens

in der „Wacht“, dem Augsburgischen Hirschblättchen gegeben hat. Seine Antrittsleistung in der „Eiche“ zeigt, daß er noch der alte und seinen Augsburgischen Traditionen treugeblieben ist. Er schreibt in Nr. 28 des genannten Blattes:

„Beim Antritt meines Amtes möchte ich nun alle Gewerkschaftskollegen und Funktionäre bitten, mich zu unterstützen, damit es möglich wird, unsere Weltanschauung mehr als bisher unter die Holzarbeiter zu verbreiten, neue Kollegen für unsere Sache zu interessieren und als Mitglieder zu gewinnen, damit der „Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands“ als achtunggebietender Faktor in der Arbeiterbewegung immer mehr anerkannt werden muß.“

Ob Heicher des großen Antonius Erläuterungen zum Gewerkschaftsprogramm gelesen hat, wissen wir nicht, behaupten jedoch, daß die „Volkswirtschaft hier und da nicht richtig klar ist“. Woher sonst die eigenartige Aufgabe des „Gewerkschafts der Holzarbeiter“?

Um nun aber das „armselige Hirschverändchen“ wie auf unserm Verbandstage diese Organisation genannt wurde, als „achtunggebietender Faktor in der Arbeiterbewegung“ erscheinen zu lassen, werden andere Organisationen zu verkleinern gesucht. So wird vom Verbandstage des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter berichtet:

„Der Verbandstag tagte unter Ausschluß der Öffentlichkeit, denn es hatten nur Mitglieder Zutritt, die sich durch ihr Mitgliedsbuch legitimieren konnten. So daß wir wohl annehmen können, daß die Rot im christlichen Holzarbeiter-Verbande größer war, als im Gewerkschaft der Tischler, denn der Gewerkschaft hatte nicht notwendig, hinter verschlossenen Türen zu tagen. — Der Verbandstag ist mit besonderen, die Öffentlichkeit interessierenden Fragen nicht hervorgetreten, sondern hat sich hauptsächlich mit inneren Fragen beschäftigt. Die ganze Art der Tagung läßt die Schlussfolgerung zu, daß der christliche Verband sehr im Druck gewesen sein muß.“

Das nennt man nach all dem, was über den Verbandstag, die Tätigkeit des Verbandes in der Berichtszeit und seine Kassengebarung geschrieben und gesagt wurde, eine „objektive“ Berichterstattung. Aber der Mann der das schreibt, mag ja nicht besser können, weil ihm die Fähigkeiten zu logischem und objektiven Denken mangeln. Weil die „Eiche“ keine einzige Zahl aus dem Geschäftsbereiche ihres Verbandes den Mitgliedern mitteilt, glaubt sie gut zu tun, die Zahlen des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter ihren Mitgliedern ebenfalls unterschlagen zu müssen. Statt dessen wird einfach die Verdächtigung gebracht: „Der Verband scheint im Druck gewesen zu sein.“ Das ist die Art der Hirsch-Dunderschen Reformer. Unter aufrichtigem Mitleid denen, die ihre eigene Unfähigkeit und Schwäche durch Verdächtigungen anderer verdecken müssen. — Wir zweifeln daran, daß unter der neuen Redaktion, die aktiven Anteil an dem Niedergang der christlichen Augsburgischen Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsbewegung genommen hat, der Verfall des „Gewerkschafts der Holzarbeiter Deutschlands“ aufgehalten wird.

Organisierte Streikbrecher. Die rot organisierten Maurer und Zimmerer gelten im allgemeinen als besonders radikal in ihrem Vorgehen bei Lohnbewegungen. Auch zählen dieselben zu denjenigen, die gegen die christlichen Arbeiter den meisten Terrorismus ausüben und sie stets als Streikbrecher, Verräter usw. bezeichnen. Jedes ist es mit dem Habitualismus, besonders aber mit der Solidarität dieser Leute schlecht bestellt, wenn es sich darum handelt, ihre christl. organisierten Berufskollegen im Kampfe zu unterstützen. Zwei Vorfälle aus letzter Zeit mögen dies beweisen. In Nürnberg händte die Zimmerer im Streik. Ein Arbeitgeber, der einen Bau fertig zu stellen hatte, befand sich in gedrängter Lage, da ihm die Leisten auf dem Dachstuhl nicht angeschlagen wurden. In seiner Not wandte er sich an die auf dem Bau beschäftigten Maurer mit dem Ansinnen, das Aufsteifen an Stelle der Zimmerer zu besorgen. Diese fast sämtlich rot organisiert, fanden es für notwendig, sich dies-

bezüglich bei ihrem Gauleiter Merkel-Nürnberg zu erkundigen, ob sie die Arbeit machen dürfen oder nicht. Darauf kam, wie die Maurer versichern, die prompt Antwort „Ja“, worauf die roten Maurer in aller Gemütsruhe die Streikbrecherarbeit verrichteten. Gleichzeitig streikten auch in Weiden in der Oberpfalz die Zimmerer. Dort sind die sozialdemokratisch organisierten 6-7 Kollegen ruhig in ihrer Arbeit stehen geblieben und leisteten ebenfalls Streikbrecherdienste. Wie nun festgestellt wurde, sind diese zum Weiterarbeiten direkt durch ihren Gauleiter in Nürnberg veranlaßt worden. Also haben in beiden Fällen die Führer ihre Kollegen zum Verrat getrieben, was sich sehr gut ausnimmt, wenn man weiß, daß dies Elemente sind, die nie genug radikal sein können. Genügt hat ihnen diese unlaubere „Taktik“ nicht. Noch einige solche Proben, dann kommt die ohne dem schon schwache Bewegung der Roten in der Oberpfalz ganz auf den Hund.

„Die partei- und kirchenpolitische Neutralität der Gewerkschaften muß unbedingt gewahrt werden! Diesen von uns stets vertretenen Grundsatz hat der letzte Verbandstag von neuem festgelegt und daran die Mahnung geknüpft, daß die einzelnen Mitglieder mehr als bisher sich am politischen Leben beteiligen in den Parteien, zu denen sie ihrer Überzeugung nach gehören.“ Diese Sätze kann man im „Gewerkschaftsverein“ Nr. 37 (08) lesen. Die Konsequenz dieser vorher genannten Stellungnahme der Hirsch-Dunderschen Organisationen wäre, die parteipolitische Neutralität auch innerhalb ihrer verantwortlichen Organe hochzuhalten. Wir wundern uns über die Art der parteipolitischen „Neutralität“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht mehr, die darin gipfelt, daß sie bei Vergabung von Beamtenstellungen in den „freien“ Gewerkschaften von den Bewerbern eine 2-5 jährige Zugehörigkeit zur (sozialdemokratischen) Partei fordern. Ueber die Ausführung des Gedankens der parteipolitischen „Neutralität“ im H. D. Gewerkschaftslager muß man sich aber wundern. Die parteipolitische „Neutralität“ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wird neuerdings eigenartig illustriert durch eine im „Gewerkschaftsverein“ Nr. 51 (08) erschienene Anzeige:

Parteiekretär gesucht für die vereinigten freisinnigen Parteien Obenbürgs und Ostfrieslands, der zugleich die Schriftleitung eines kleinen Halbmonatsblattes übernehmen kann. Früheres Parteimitglied. Anfangsgehalt 2400 Mk. Angebote mit Lebenslauf und geeigneten Referenzen erbeten unter D. 2 an die Expedition d. Blattes.

Die partei- und kirchenpolitisch „neutrale“ Expedition des „Gewerkschaftsverein“ in Berlin, Greifswalderstraße 221/223 hält es also neben der ebenso „neutralen“ verantwortlichen Redaktion dieses Blattes für notwendig, in dem Fachorgan ihre Spalten der parteipolitischen Klängelei zu öffnen. Dem „Zentralblatt christlicher Gewerkschaften“ kann man derartige nicht vorwerfen. Trotzdem kommen die Hirsch-Dunderschen Agitatoren uns unberechtigter Weise fortgesetzt ohne Beweis mit dem alten Anwesenmärchen von den Zentrumsgewerkschaften, während hier wieder einmal das verantwortliche Organ der H. D. Gewerkschaften „Der Gewerkschaftsverein“ den Beweis dafür erbringt, daß bei ihm die partei- und kirchenpolitische Neutralität eitel Humbug ist.

Richtigstellung. In dem Verbandsberichtsbericht der letzten Nummer unseres Organs befindet sich auf Seite 137, erste Spalte eine unvollkommene Wiedergabe meiner Ausführungen über die Agitation unter den Heimarbeitern, die leicht zu falschen Schlüssen führen könnte. Es heißt dort im Schlusssatz: „Mit Lohnbewegungen ist hier wenig auszurichten.“ Tatsächlich soll es heißen: „Die Lohnbewegungen müssen in der Heimindustrie anders geführt werden wie dort, wo es sich um Werkstätten oder Fabriken handelt.“ Halte als für selbstverständlich, daß auch unter den Heimarbeitern Lohnbewegungen geführt werden müssen, doch können hier nicht die gleichen Mittel benützt werden, als bei den Fabrikarbeitern. R. Schwarzer.

Lokalbeamter gesucht.
Da Kollege Meyers an die Zentralstelle berufen wurde, sucht die Zahlstelle Soln einen tüchtigen Lokalbeamten.
Derselbe muß mindestens vier Jahre dem Berufe angehört und längere Zeit als Betriebsbeamter und Vorstandsmitglied tätig gewesen sein. Grundsätzlich Kenntnis der gewerkschaftlichen Agitations-, Kassen- und Berichtsangelegenheiten ist ebenfalls erforderlich. Flotte, sichere Handschrift notwendig. Kollegen, welche diesen an einem tüchtigen Lokalbeamten zu finden den Kaproschen genügen, wollen selbige schriftliche Angebote unter gleichzeitiger Beifügung eines Lebenslaufes und einer kurzen Biographie über die Angelegenheiten des Lokalbeamten bis zum 20. Juli dem Vorstehenden der Zahlstelle Soln: Jakob Dörmann, Beilweg 64, einreichen.

Zahlstelle Wiesbaden.
Die Mitglieder unserer Zahlstelle werden freundlichst gebeten, an dem am 19. Juli, auf dem alten Marktplatz in Wiesbaden und um 4 Uhr nachmittags beginnenden
Gewerkschaftstages
Der Vorstand.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor **G. STREICH**
Werkmeister, Techniker, Zeichner, gesetzliche Meisterprüfung.
Anerkannt vorzügliche, einzig dastehende Lehrmethode. — Programm frei daren:
Die Direktion, Bayerstrasse Nr. 115.

Detmold Grösste Tischler-Fachschule
Programme frei. Dir. Reineking.
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die Formalehre f. Tischler à Mk. 1.35.
Die Stilllehre f. Tischler à Mk. 1.55.
Zu beziehen von
Direktor Reineking, Detmold.
Für Schreiner!
Robert's Buchverl. et. 60 Zimmer mit 500 Zeichnungen, 1-10 farbige, Nr. 31. 3.
Preisvertrieb 21. 14.
H. Reed, Krefeld, Düsseldorf
Preisvertrieb 22.

Heidelbeeren, Himbeeren, Preiselbeeren.
empfehlen zur Firmzeit das Schramberger Dreistark der christlichen Gewerkschaften. Durch die vorherrschenden gewöhnlichen Arbeitsverhältnisse sah sich das Reich gezwungen, sich um anderweitige Erwerbquellen für die Kollegen zu bemühen; es errichtete deshalb eine **Werkstätten-Gesellschaft**. Arbeit mit 20 bis 30 Mann werden zu mäßigen Tageslöhnen gegen Rechnung abgegeben. Geschäftsbüro sind an das Sekretariat des christl. Metallarbeiterverbandes in **Schramberg** i. Württemberg zu richten.
Die modernen Holzverfahrene.
Schriften für die Praxis, gegen 1,10 Mk. (in Briefmarken) zu beziehen von
Schriftführer **H. J. L.**
Bogen i. B.

Genossenschaftl. Bürstentabrik
Ramburg (Pfalz).
Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für alle Sorten Bürstentwaren für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach eingesandten Mustern prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.
Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für Rachen und Umgegend sucht zum 1. Oktober ds. Js. einen
♦♦ **Kartell-Beamten.** ♦♦
Bewerber müssen eine mindestens zweijährige praktische Betätigung in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, und gründliche agitatorische und organisatorische Befähigung nachweisen können. Bewerber, welche noch nicht als freigestellte Beamte tätig waren, müssen Referenzen ihres Zentralvorstandes beifügen.
Die Anstellungsbedingungen richten sich nach den Satzungen des Gesamtverbandes. Bewerbungen sind bis spätestens 15. August unter Beifügung eines Lebenslaufes an den Vorstehenden **Rath Klüttgen, Poststraße 56, in Rachen** einzusenden.
Eingelegte Fourniere für Nähtische, Schatullon, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschriften
Eustach. Biller, Marqueter, Heidelberg, Theaterstrasse 7.